

9. März 1974: Niederschrift des Gesprächs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Brežnev, mit dem Bundesminister für besondere Aufgaben beim Bundeskanzler, E. Bahr*

Geheim

Brežnev: Ich bin sehr zufrieden, das Gespräch mit Ihnen fortführen zu können. Man hat mich über die Agenda informiert, die Sie in diesen Tagen in Moskau abgearbeitet haben. Es scheint, dass Sie in vielerlei Hinsicht vorangekommen sind. Es ist überaus wichtig, die Bemühungen auf die Suche nach neuen Gebieten der Zusammenarbeit zu fokussieren, die noch ungenutzten Reserven in der ganzen Bandbreite zu entdecken und ständig in den gegenseitigen Beziehungen voran zu kommen, ohne dabei unerledigte Dinge oder Arbeiten zurückzulassen.

In diesem Sinne war Ihr gegenwärtiger Aufenthalt in Moskau nützlich. Sie haben sich mit der Durchsicht des breiten Spektrums an Fragen der Zusammenarbeit befasst, sowohl auf dem politischen als auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Ich drücke meine Zufriedenheit darüber aus, dass es uns in einer Reihe von Fragen gelungen ist, unsere Positionen erheblich anzunähern und die gegenseitigen Sichtweisen zu erhellen.

Das Wichtigste ist, dass unsere Länder weiterhin auf dem Wege zu einer Vertiefung und Ausweitung der Zusammenarbeit, einer Stärkung des Vertrauens und des gegenseitigen Verstehens aufeinander zugehen. Angesichts dessen scheint es mir, dass es keinen Grund gibt, in Mutlosigkeit zu verfallen und sich pessimistischen Einstellungen hinzugeben und der eingetretenen Enttäuschung das Wort zu reden. Ich denke, dass Sie einigermaßen übertrieben haben, als Sie bei unserem letzten Treffen das Bild der schwierigen innenpolitischen Lage in Ihrem Land zeichneten und vom niedergeschlagenen Zustand des Bundeskanzlers berichteten. Wir erachten Herrn Brandt als einen starken und willensstarken Menschen, als harten und entschlossenen Politiker, der keine Angst vor Schwierigkeiten hat. Ich würde Sie bitten, Herr Bahr, ihm mitzuteilen, dass es, unserer Meinung nach, keinen Grund gibt, pessimistisch zu sein und deswegen die Schultern hängen zu lassen. Ich denke, dass er mich richtig verstehen wird.

Ich weiß über jene Gespräche Bescheid, die Sie und die Mitglieder Ihrer Delegation im Außenministerium der UdSSR geführt haben. Wir sind Ihnen dankbar dafür, dass Sie es als möglich erachtet haben auf die Rückkehr von Genossen A. A. Gromyko nach Moskau zu warten, um die Möglichkeit zu haben, mit ihm zu sprechen.

Mir ist die Position Ihres Landes bekannt und ich unterstütze Sie voll und ganz. Ich möchte mich jetzt nicht in Details vertiefen. Es ist gut, dass sich eine Übereinkunft zu einer Reihe von Fragen abzeichnete. Ich denke, dass uns die Zeit helfen wird, eine Lösung auch in jenen Fragen zu finden, die noch Schwierigkeiten bereiten und dass die Zeit uns die Möglichkeit bieten wird, in das harmonische und vollendete System eine ganze Reihe von gegenseitig abhängenden Elementen einzubauen.

Vor einigen Tagen habe ich ein Schreiben des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Genossen E. Honecker erhalten. In diesem misst er insbesondere der erzielten Übereinkunft über den Austausch von ständigen, diplomatischen Vertretungen zwischen der DDR und der BRD eine hohe Bedeutung bei. Es ist ein großer politischer Akt, er stellt einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten dar und fördert die weitere Reduzierung der Spannung und die Stärkung des Friedens in Europa.

* RGANI, F. 80, op. 1, d. 580, S. 125–139. – Ms. vermerkt: „Die Niederschrift wurde von Gen. L. I. Brežnev nicht durchgesehen.“ Hs.: „P 705“. – Zu Gesprächsteilnehmern vermerkt: „Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Außenminister der UdSSR, A. A. Gromyko.“ Protokollführung: der 3. Sekretär der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR, I. Kurpakov [Unterschrift].

Allerdings hatte ich bisher noch nicht die Möglichkeit, mit Genossen E. Honecker persönlich zu sprechen. Wie Sie wissen, steht mir gegenwärtig ein Treffen mit dem Präsidenten Frankreichs, Pompidou, bevor. Sogleich nach der Beendigung der Gespräche mit Pompidou, die in Pizunda abgehalten werden, plane ich eine Reise nach Kasachstan. Nach der Rückkehr nach Moskau wird sich vermutlich die Möglichkeit ergeben, ein Treffen mit Genossen E. Honecker in Erwägung zu ziehen. Diesbezüglich gibt es Vorüberlegungen. Wir beabsichtigen mit ihm eine ganze Reihe von Fragen zu erörtern, die im gegenseitigen Interesse liegen. Wahrscheinlich wird es um die Beziehungen zwischen der BRD und der DDR und um unsere Beziehungen mit Ihnen gehen. Es versteht sich, dass ich Ihnen nicht die Erfüllung aller von Ihnen geäußerten Bitten und Wünschen garantieren kann, aber ich bin davon überzeugt, dass unsere Gespräche mit Genossen E. Honecker überaus nützlich sein werden und uns bei der Lösung einer ganzen Reihe von Problemen helfen werden. Ich möchte Ihnen mitteilen, dass ich die Ansichten, die von Ihnen während unseres ersten Treffens dargelegt wurden, aufmerksam durchgesehen und die entsprechenden Maßnahmen derart getroffen habe, dass ihr Aufenthalt in Moskau so effizient und interessant wie möglich ablaufen und dazu auch angenehm sein wird. Ich denke, dass Sie es gespürt haben. Wir sind, wie schon zuvor, bereit, eine wohlmeinende Haltung in Bezug auf die Ausreise sowjetischer Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit, im Sinne einer Familienzusammenführung, einzunehmen. Gegenwärtig bin ich noch nicht in der Lage eine bestimmte Zahl zu nennen, aber ich kann Ihnen versichern, dass ich mich nach meiner Rückkehr nach Moskau noch einmal mit dieser Frage befassen werde.

Während Ihres jetzigen Aufenthaltes in Moskau hatten wir zwei erweiterte Sitzungen der Führungsorgane, auf denen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und der BRD umfassend erläutert wurden. Leider musste ich mich davon überzeugen, dass es hier noch an Präzisierungen mangelt und die erforderliche Abstimmung sowie das notwendige Arrangement fehlen. Wir vereinbarten, die Fragen der wirtschaftlichen Beziehungen mit der BRD mit aller Sorgfältigkeit zu klären, den Grad an Wichtigkeit und die Reihenfolge der besprochenen Projekte zu bestimmen und, was das Wichtigste ist, unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen neuen Impuls zu geben. Ich denke, dass Sie es während Ihrer Gespräche mit den Genossen Novikov, Kostandov und anderen gespürt haben.

Ich bitte Sie, Kanzler Brandt mitzuteilen, dass ich und meine Kollegen den Weg der Suche nach den effizientesten und für beide Seiten nutzbringendsten Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern beschreiten werden, und dass wir nach eine Lösung dieser Fragen in einer langfristigen, großangelegten Perspektive anstreben. Wir sind uns selbst darüber im Klaren, welche politische Bedeutung der vorliegende Fragenkomplex für die Bundesregierung hat und versichern Ihnen, dass wir diesbezüglich Kanzler Brandt unterstützen, ihm den notwendigen Beistand geben und Bestrebungen zur Erleichterung von Lösungen der entstandenen Probleme vorlegen werden.

Es ist an der Zeit, auf diesem Gebiet Ordnung zu schaffen. Bei den von mir erwähnten zwei Treffen war ich untröstlich erkennen zu müssen, dass, welche Frage man auch immer ansprach, es nirgendwo Klarheit oder Systematik gab. Entweder gibt es von Seiten der Firmen keine Antwort, oder es gab unannehmbare technische oder geschäftliche Bedingungen, Preise und Lieferfristen. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurde die Frage des Baus eines Eisen- und Stahlwerkes im Bezirk Kursk nicht entschieden. Unklar bleibt die Frage über die Lieferung von Erdgas aus dem Iran in die BRD über das Staatsgebiet der UdSSR. Darüber wurde mit der iranischen Seite bislang noch nicht detailliert gesprochen und auch die vom Iran genannte Menge an Erdgas für die BRD – 13 Mrd. Kubikmeter – erfordert ebenso eine zusätzliche Klärung. Unsere Experten für Chemie beklagen sich über eine beginnende Abkühlung in ihren Beziehungen mit einer Reihe von Chemieunternehmen in der BRD und auch auf anderen Gebieten kann man eine Verringerung der geschäftlichen Aktivitäten beobachten.

Ich möchte mich nicht damit beschäftigen, zu klären, welche Seite in größerem Maße Schuld an der eingetretenen Situation trägt oder die Verantwortung irgendwie teilen, mit einem Wort eine juristische Auseinandersetzung führen.

Wir müssen die Situation entschlossen ändern, energischer unsere Kontakte entwickeln, mutig neue Gebiete erschließen und nicht vor der gewaltigen Größe unserer gemeinsamen Projekte kapitulieren.

Ich kann Ihnen sagen, dass wir nicht die Absicht haben, auf der gegenwärtigen Position stehen zu bleiben und haben deshalb eine ganze Reihe von entsprechenden Maßnahmen ausgearbeitet. Sie zielen darauf ab, eine grundlegende Ausweitung und Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der BRD sowie die laufenden Gespräche zu beschleunigen. Das Leben fordert die bestehenden Kontakte aktiver und verantwortungsvoller zu vertiefen und neue Wege zu suchen.

Ich bitte Sie, Kanzler Brandt mitzuteilen, dass wir bereit sind, ihm wesentlich zu helfen. Wir möchten nicht, dass er den Kopf hängen lässt und pessimistisch wird.

Wir erörterten in diesen Tagen auch die Frage der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD beim Bau von Atomkraftwerken. Bedauerlicherweise gibt es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Klarheit darüber, wo diese Atomkraftwerke gebaut werden sollen: bei uns oder in der DDR, oder ein Teil bei uns und ein Teil in der DDR; welche Wünsche hat die BRD überhaupt dazu, zwischen welchen Organisationen müssen Verhandlungen geführt werden.

Die Dinge einfach treiben zu lassen, ist inakzeptabel. Wir treten für eine Lösung der tatsächlich groß angelegten Aufgaben ein, schaffen für sie eine langfristige Basis, aber handeln mit äußerst langsamem und nicht zufriedenstellendem Tempo. Ideen schwirren in der Luft, doch die Angelegenheit führt nur zu Deklarationen und Aufrufen. Es ist notwendig, sich bei der Entwicklung der Zusammenarbeit auf ein starkes, sicheres Fundament zu stellen und sich auf die praktischen Dinge zu konzentrieren.

Ich bitte Sie, Kanzler Brandt über jenen Beschluss zu informieren, der bei uns in Bezug auf die Errichtung des Eisen- und Stahlwerkes bei Kursk gefasst wurde.

Wir würden es uns wünschen, dass Firmen aus der BRD einen Entwurf für die Errichtung dieses Werkes ausarbeiten. Selbstverständlich wären wir bereit, die entsprechenden Kosten für die Projektierung zu erstatten. Wir sind bereit, die Ausrüstung für den ersten Bauabschnitt des Werkes, darunter auch die Walzstrecke, in bar zu bezahlen. Nach Umsetzung dieser Abmachung könnte erörtert werden, unter welchen Bedingungen der zweite Bauabschnitt des Werkes verwirklicht werden kann. Wir glauben, dass ein solcher Vorschlag hilft, die Angelegenheit in Gang zu bringen und schlussendlich zur Projektierung und zum Bau des Werkes führen wird. Es ist kein Geheimnis, dass die Verhandlungen zu dieser Frage extrem lange dauerten, und die Frage selbst eine politische Färbung bekam, die für die Gegner unserer Zusammenarbeit und dabei insbesondere für die Opposition in der BRD vorteilhaft war.

Ich kann die Stimmung von Kanzler Brandt im Zusammenhang mit den Stimmverlusten der SPD/FDP-Koalition bei den Wahlen zum Hamburger Stadtsenat verstehen, jedoch wäre es ungerechtfertigt anzunehmen, dass die Schuld dafür die „Ostpolitik“ und einige Schwierigkeiten auf dem Weg ihrer Umsetzung sind, wie es unter vollstem Kräfteinsatz von unseren Gegnern in die Welt hinausposaunt wird.

Uns scheint, dass die Koalition keinen ausreichend entschlossenen Widerstand gegen die Ausfälle der Opposition gegenüber der Politik der Bundesregierung leistet, die sich zum Ziel gesetzt hat, das Fundament der Beziehungen der BRD mit den sozialistischen Ländern zu untergraben. Man könnte denken, dass die Koalitionsparteien nicht in vollem Ausmaß die propagandistischen Möglichkeiten nutzen, ihre „Ostpolitik“ als richtig darzustellen, wie auch jene Vorteile und Vorzüge, die diese der Bevölkerung der BRD gebracht haben.

Urteilen Sie doch selbst. Nach einer sich jahrzehntelang hinziehenden Phase des Misstrauens und der Feindseligkeit in den Beziehungen zwischen der BRD und den sozialistischen

Ländern, entstand, dank der Bemühungen von Kanzler Brandt, der Bemühungen von Ihnen, Herr Bahr, eine neue günstigere Lage. Zwischen der BRD und der Sowjetunion, und auch zwischen der BRD und anderen sozialistischen Ländern, wurden eine ganze Reihe von Verträgen und Abkommen geschlossen, die einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung der Spannungen in Europa und in der ganzen Welt leisteten. Die BRD wurde Mitglied der UNO, sie stärkte ihre internationale Autorität erheblich und erhielt bedeutsame Möglichkeiten für eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit ihren osteuropäischen Nachbarn, den sozialistischen Ländern.

Niemals zuvor gab es zwischen der BRD und der DDR einen derart intensiven Austausch auf unterschiedlichen Gebieten, darunter auch so viele gegenseitige Besuche von Verwandten. Es wurden Erleichterungen bei den Transitverbindungen eingeführt. Das Viermächteabkommen regelte die Probleme bezüglich Westberlins und klärte die Lage dieser Stadt.

Man darf es der Opposition nicht erlauben, diese außer Frage stehenden Errungenschaften in einem falschem Licht darzustellen, ihren Sinn zu verzerren und einzelne, gänzlich natürliche Schwierigkeiten in der Entwicklung bis in unfassbare Dimensionen aufzublasen, und schon gar nicht die „Ostpolitik“ als einen Betrug an der Bevölkerung zu bezeichnen.

Mir scheint, dass Kanzler Brandt entschlossener und gründlicher die Vorteile und Vorzüge aufzeigen sollte, die sich für die westdeutsche Bevölkerung aus der „Ostpolitik“ ergeben, indem er das Fehlen einer vernünftigen Alternative für eine Politik der Herstellung von Beziehungen in gutnachbarschaftlichem Geiste und im Sinne der Zusammenarbeit unterstreicht. Ich denke, dass auch Sie, Herr Bahr, nicht der Meinung sind, die Zeit in Moskau umsonst verbracht zu haben. In diesen Tagen wurde eine intensive und strapazierte Arbeit verrichtet. Die von Ihnen an den Tag gelegten Bemühungen und die zahlreichen Treffen und Gespräche, die Sie hatten, müssen Resultate zeigen, und Sie werden sich davon überzeugen können.

Ich habe Ihnen bereits beim letzten Gespräch gesagt, dass wir dem bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers der BRD in der UdSSR sehr hohe Bedeutung beimessen. Wir werden Herrn Brandt als großen Staatsmann empfangen und ihm ein Maximum an Aufmerksamkeit geben und ihm alle gebührenden Ehren erweisen.

Ich denke, dass die Meinung gänzlich falsch ist, wonach die Sowjetunion nach Abschluss von Verträgen und Abkommen meine, dass sie das erhalten habe, was sie wollte und deshalb jedes Interesse an einer Fortentwicklung ihrer Beziehungen mit der BRD verloren habe und auch die Zusammenarbeit mit ihr abgekühlt sei.

Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Nach unserem Treffen und den Gesprächen mit Kanzler W. Brandt in Bonn im Mai des vergangenen Jahres kam es zu großen Veränderungen hin zum Besseren. Das Handelsvolumen zwischen unseren Staaten ist erheblich angewachsen, es wurden eine ganze Reihe von großen, langfristigen Verträgen abgeschlossen, die, das ist vollkommen natürlich, für beide Seiten große Vorteile bringen werden. Ich habe Ihnen bereits davon berichtet, dass wir bereit sind, den Weg der Fortentwicklung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern zu beschreiten und dabei die wichtigen Objekte der Zusammenarbeit präzise festzulegen. Gegenwärtig analysieren unsere Organisationen den aus der BRD eingetroffenen Vorschlag über den Bau von Atomkraftwerken, inklusive der technischen und kommerziellen Seite dieser Frage.

Ich unterstreiche, dass es bei uns in der Führung keinerlei Zweifel an der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Entwicklung einer für beide Seiten nutzbringenden Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern gibt. Alle diesbezüglichen Beschlüsse werden bei uns einstimmig gefasst.

Ich hatte bislang aus durchaus verständlichen Gründen keine Möglichkeit, die Frage über das Treffen zwischen W. Brandt und E. Honecker zu klären. Ich schlage vor, diese Frage dann anzusprechen, wenn ich mich persönlich mit Genossen E. Honecker treffe. Es versteht sich, dass ich mich bemühen werde, dies in gebührender Form zu tun, indem ich Prestige- und andere Überlegungen beider Seiten umfassend berücksichtige. Berücksichtigt wird selbstver-

ständig auch Ihre Bemerkung, dass Bundeskanzler Brandt bereit sei, die erforderliche Flexibilität an den Tag zu legen.

Mir scheint, dass ein solches Treffen auf jeden Fall nützlich sein würde. Jedoch gilt es Bemühungen anzustellen, dass dabei umfassende Fragen in den Beziehungen zwischen der DDR und BRD behandelt werden, damit die Details nicht das Große verdecken.

Es ist kein Geheimnis, dass von Ihren Beziehungen mit der DDR auch die Perspektiven für die Zusammenarbeit zwischen der BRD und der UdSSR abhängen. Ich erinnere mich an mein erstes Gespräch mit Kanzler Brandt im Jahr 1970. Damals sprachen wir darüber, dass die Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD bei ihrer Herstellung und Festigung einen Einfluss auf den Zustand der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD nehmen werden, obwohl sich die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen gleichzeitig in gewisser Abhängigkeit von den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD befinden, deren Errichtung damals eigentlich auf des Messers Schneide gestanden war.

Ich möchte anmerken, dass einige Schritte der Bundesregierung, wie der Beschluss, in Westberlin eine neue Bundesbehörde einzurichten, wohl kaum als positiver Beitrag zur Festigung der Beziehungen zwischen unseren Ländern angesehen werden können. Ich mache Kanzler Brandt keinen Vorwurf, aber ich bin der Meinung, dass dies kleinlich und Ihrer Politik, die dem Land solche Resultate gebracht hat, auf die man mit Recht stolz sein kann, unwürdig ist.

Jetzt unternimmt die Opposition, indem sie gekonnt einzelne kleine Schwierigkeiten ausnützt oder auch einfach die Fakten manipuliert, den Versuch, die Ergebnisse der Zusammenarbeit der BRD mit den sozialistischen Ländern in einem falschen Licht darzustellen. Ob sie damit erfolgreich ist, hängt in erster Linie von Ihnen selbst ab.

In historischer Hinsicht kann es für uns nur eine Alternative geben: entweder fruchtbringend zusammenzuarbeiten und gute nachbarschaftliche Beziehungen herzustellen oder sich zu streiten. Ich denke, dass die letztgenannte Variante weder Ihnen noch uns zusagt. Sie spiegelt einfach nicht die Gedanken und Wünsche unserer Völker wider. Lasst uns deshalb entschlossener und mutiger - sich vor niemand fürchtend - unsere Beziehungen zum Besseren ausbauen. Wenn wir dies wünschen und unseren Willen ausdrücken, dann wird sich wohl niemand trauen, uns daran zu hindern.

Bahr: Ich möchte Ihnen, Herr Generalsekretär, sehr für die Unterstützung danken, die uns im Zuge des Besuches gegeben wurde. Wir haben dies in allen Etappen unseres Aufenthalts in Moskau gespürt und sowohl ich selbst als auch alle Mitglieder unserer Delegation empfanden in diesem Zusammenhang das Gefühl allerhöchster Zufriedenheit.

Bezüglich der Transitlieferungen von iranischem Erdgas durch sowjetisches Staatsgebiet in die BRD möchte ich anmerken, dass ich bereits vor einigen Monaten mit dem Botschafter der UdSSR in der BRD, V. M. Falin, die Möglichkeit zur Vorbereitung eines trilateralen Treffens (BRD/UdSSR/Iran) für die Beschleunigung der Ausarbeitung der entsprechenden Bedingungen erörtert habe. Diese Idee wurde von uns auch hier im Verlaufe des Gespräches mit Herrn V. M. Novikov erörtert. Von ihm wurde der Wunsch geäußert, dass wir die erforderliche Initiative ergreifen und die Haltung der Iraner zu einem derartigen Treffen klären. Darüber haben wir nach Bonn berichtet, und Bundeskanzler W. Brandt, der den dort zu einem kurzen Besuch weilenden iranischen Premierminister Hoveyda empfing, sprach sich für die Abhaltung eines trilateralen Treffens aus. Jetzt wurde aus Bonn mitgeteilt, dass die iranische Seite im Prinzip nichts gegen ein solches Treffen einzuwenden hätte. Doch scheint es zielführend, ein solches nach Beendigung der bilateralen Gespräche zwischen der UdSSR und der BRD sowie zwischen der BRD und dem Iran abzuhalten. Grob geschätzt werden diese Gespräche in einigen Wochen abgeschlossen sein. Ihre Resultate werden, bildhaft gesprochen, das Ende eines Fadens sein, mit dem wir das ganze Knäuel entwirren.

Mit einem gewissen Maß an Vorsicht kann ich bereits jetzt sagen, dass Ihr neuer Vorschlag zum Kauf von Ausrüstung für den ersten Bauabschnitt des Eisen- und Stahlwerkes in Barzah-

lung angenommen werden wird. Es ist zweifellos ein großer Schritt nach vorne, der bei uns sehr hoch bewertet wird.

Brežnev: Wir haben diesen Weg beschritten, weil wir uns vom Wunsch leiten lassen, unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit auf einer langfristigen und großangelegten Grundlage aufzubauen. Die Abmachung im Umfang von einigen hundert Mio. Rubel demonstriert die Vorteile und Vorzüge einer solchen Zusammenarbeit.

Gromyko: Die Übereinkunft über den Bau des Werkes bei Kursk wird, wie mir scheint, auch eine große politische Bedeutung haben. Die Sicherstellung der langfristigen Auslastung Ihrer Unternehmen und auch die Beschäftigung von Arbeitskräften sind eine anschauliche Bestätigung für die Richtigkeit der „Ostpolitik“, die der Stärkung der guten nachbarschaftlichen Beziehungen und der Vertiefung der allumfassenden Kontakte dient.

Brežnev: Wenn man über die Perspektiven der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern spricht, so ist offensichtlich in erster Linie der Bereich der Energiewirtschaft gemeint - und insbesondere die Fragen im Zusammenhang mit dem Erdgas und dem Bau von Atomkraftwerken. Eine wichtige Rolle kann auch die Übereinkunft über die Errichtung eines Eisen- und Stahlwerkes bei Kursk spielen. Große Möglichkeiten für die Zusammenarbeit entstehen auf dem Gebiet der Chemie. Außerdem haben wir die Absicht, uns ihre Bergbauausrüstung und Tunnelvortriebsapparate anzusehen. Es ist beabsichtigt, die Kontakte mit Firmen und Organisationen der BRD auch in anderen Bereichen erheblich zu intensivieren.

Ich denke, dass das Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD diesem Ziel gut dienen kann, wobei sich die Lage nach dessen Unterzeichnung klarer darstellen wird.

Bahr: Wir schlagen vor, die Frage über den Bau von Atomkraftwerken auf bilateraler Basis mittels Erzielung einer Übereinkunft zwischen der UdSSR und der BRD zu lösen. Übrigens, darüber habe ich im Gespräch bei Herrn V. M. Novikov gesprochen. Die Wahl des Ortes für die Errichtung dieser Kraftwerke muss ausschließlich von Überlegungen der wirtschaftlichen Sinnhaftigkeit und minimaler Kosten abhängen, Überlegungen geographischer oder anderer Natur spielen hier eine untergeordnete Rolle.

Wie verabredet, übergaben unsere Firmen am 28. Februar dem Staatlichen Komitee für Außenwirtschaftsbeziehungen ihre Vorschläge zum Bau von Atomkraftwerken. Diese werden derzeit von sowjetischen Spezialisten geprüft.

Brežnev: Wir sind auch der Meinung, dass die Rentabilität und die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit die Hauptkriterien sind. Wir bemühen uns, die Prüfung Ihrer Vorschläge nicht zu verzögern. Vorgesehen ist auch eine Reise unserer Experten in die Volksrepublik Polen und in die DDR zur Erörterung der entsprechenden Fragen. Es ist uns bekannt, dass zwischen der BRD und der DDR Gespräche über den Bau von zwei Atomkraftwerken geführt werden. Wie man dies mit jenem Projekt vereinbaren kann, das wir hier mit Ihnen erörtern, ist bislang unklar. Gewisse Gespräche diesbezüglich gab es Ihrerseits auch mit Polen. Die Reisen unserer Spezialisten sollen dabei helfen, dieses Knäuel zu entwirren. Wichtig ist jedoch, dass wir grundsätzlich bereit sind, auf diesem Gebiet zusammenzuarbeiten.

Bahr: Während des Gespräches beim Minister für chemische Industrie der UdSSR, Kostasov, hinterließ das Zusammenspiel der reichen Fantasie mit den nüchternen und realitätsnahen Abwägungen bei mir einen tiefen Eindruck. Wir denken, dass die Produktion und der Transport von Ammoniak und Methanol ein großes, vielversprechendes und ertragreiches Feld der Zusammenarbeit sein wird. Es ist wichtig, dass hier die Lieferströme in beide Richtungen sichergestellt werden, wie es den Interessen beider Seiten entspricht und zu bedeutsamen beiderseitigen Vorteilen führt.

Wir sind übereingekommen, dass uns die sowjetische Seite ihre Überlegungen über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Chemie in schriftlicher Form übergibt, damit wir diese im Kabinett erörtern können. Herr V. N. Novikov erklärte sich damit einverstanden.

Brežnev: Ich werde Ihnen ein kleines Geheimnis verraten. Der Auftrag an Genossen Kostasov, sich um eine Ausweitung der Zusammenarbeit mit der BRD auf dem Gebiet der Chemie zu bemühen und die Kontakte mit westdeutschen Firmen zu intensivieren, wurde in einer von mir erwähnten Sitzung formuliert.

Bahr: Mir scheint, dass man die Bürokratie sowohl von oben als auch von unten, sowohl bei Ihnen als auch bei uns bekämpfen muss, weil sie in nicht gerade geringem Ausmaß unsere gemeinsame Arbeit stört.

Brežnev: Ja, ich gebe Ihnen recht. Um die Ergebnisse Ihres Aufenthaltes in Moskau zusammenzufassen, möchte ich anmerken, dass es ungerechtfertigt wäre, anzunehmen, dass es in 10 Tagen gelingen könnte, einen ganzen Komplex von Fragen in all ihrer Vielschichtigkeit zu lösen. Wichtig sind die prinzipielle Bereitschaft und die Entschlossenheit, Bemühungen zur Beseitigung der bestehenden Schwierigkeiten an den Tag zu legen. Hierbei gilt es eine vernünftige, für beide Seiten annehmbare, und keine extreme, Grundlage im Auge zu behalten.

Bahr: Wenn ich ganz offen sprechen darf, so wie wir es bei unseren Gesprächen üblicherweise tun, dann bin ich wirklich ein bisschen enttäuscht von den Ergebnissen meines Besuches. Ich wollte jene Hindernisse aus dem Weg räumen, die uns am Vorankommen hindern und unsere Beziehungen belasten. Aber tatsächlich habe ich mich hier 10 Tage lang kleinen, unbedeutenden Fragen zu widmen gehabt und auch dabei konnte ich keinen fühlbaren Fortschritt erzielen. Jedoch lasse ich mich nicht entmutigen und hoffe, dass in naher Zukunft die Arbeit in diese Richtung fortgesetzt werden wird.

Brežnev: Für Betrübnis gibt es überhaupt keinen Grund. Ich wiederhole: Ihr Besuch war natürlich nicht umsonst. Wir sind unsererseits bereit, die Suche nach Lösungswegen für einige bislang ungeklärte Fragen fortzusetzen.

Bahr: Die Bundesregierung beabsichtigt in ihrer Politik den bisherigen Kurs beizubehalten, indem sie keine Zäsuren zulässt und jenen einen gebührenden Widerstand leistet, die Angriffe auf die Koalition unternehmen. In der nächsten Woche beabsichtigen wir die Opposition zu bekämpfen, die in letzter Zeit, wie ich bereits gesagt habe, zum Angriff auf allen Fronten übergegangen ist.

Sie haben Ihr erstes Gespräch mit Kanzler Brandt erwähnt, bei dem insbesondere die Prinzipien in den Beziehungen mit der DDR erörtert wurden. Ich möchte offen sagen, dass bei uns in letzter Zeit der Eindruck entstanden ist, dass diese Sache eine überaus sonderbare Kehrtwendung genommen hat. Entgegen aller Logik scheint es so, dass nicht der Hund mit dem Schwanz wedelt, sondern der Schwanz mit dem Hund. Bildhaft gesprochen beginnt die DDR nun mit der Sowjetunion zu wedeln.

Wir wissen, dass es ohne gute Beziehungen zwischen der DDR und der BRD keine guten Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR geben kann. Das ist vollkommen klar und legitim. Doch die Erfahrungen der letzten Jahre zeigten, dass es zielführend und unabdingbar ist, in dieser Kette eine gewisse Umgestaltung vorzunehmen. Einzig die Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR konnte einen Fortschritt in den Beziehungen zwischen der BRD und der DDR sicherstellen. Auf diese Weise begann die Entspannung auf der Linie Bonn – Moskau und erst später weitete sie sich auf Ostberlin aus, obwohl es vollkommen natürlich wäre, anzunehmen, dass die Entspannung entlang der Linie Bonn – Ostberlin verlaufe und dann bis Moskau reiche. Ich kann sagen, dass wir nichts gegen eine solche Variante hätten, wenn das Ansehen der DDR oder irgendwelche andere Überlegungen eine solche Möglichkeit zur Realität werden ließen.

Bekanntlich ist die Sache erst hier in Moskau vom toten Punkt weggekommen. Die Arbeit auf diesem Feld haben Sie, Herr Generalsekretär, gemeinsam mit Bundeskanzler Brandt begonnen. Nachdem die Maschinerie nun voll in Gang gekommen war, gab es für die DDR keine andere Möglichkeit mehr, als sich den Booten anzuschließen, die in Richtung einer Ent-

spannung, einer Normalisierung der Beziehungen und einer Zusammenarbeit unterwegs sind. Allerdings ist das Boot der DDR jetzt wesentlich langsamer unterwegs als alle anderen.

Ich verwende hier diesen bildhaften Vergleich, um zu unterstreichen, dass die DDR eine Schlüsselposition im System der wechselseitigen Beziehungen zwischen der BRD, der DDR und der UdSSR einnimmt. Sie verfügt über einen Schlüssel, und gleichzeitig verfügt die DDR auch über eine Bremse. Ich denke, dass es für uns alle erforderlich ist, dafür zu sorgen, dass diese Bremse nicht zur Anwendung kommt.

Nun einige Worte über die Gespräche in Wien zur Reduzierung der Truppenkontingente und Waffen, zumal wir diese Frage beim letzten Gespräch nicht angeschnitten haben.

Ich möchte unterstreichen, dass Kanzler Brandt sich nach wie vor an die von ihm in Orlanda dargelegten Überlegungen über die Notwendigkeit einer Reduzierung sowohl der ausländischen als auch der nationalen Streitkräfte hält. Ehrlich gesagt, vertreten wir im Rahmen des atlantischen Paktes eine solche Sichtweise alleine und niemand unterstützt uns dabei.

Es ist bekannt, dass die USA nur eine Reduzierung ihrer und der sowjetischen Truppen wünscht und Frankreich, wo es auch keine Armee dieser Art gibt, wünscht überhaupt keine Reduzierung. Vielmehr sind die Franzosen an einem weiteren Bestand und einem Wachsen der Bundeswehr in der BRD interessiert, weil gerade die westdeutschen Landtruppen ihrer Doktrin nach als Verteidigungswall an den Ostgrenzen Frankreichs wirken sollen.

Nunmehr besteht die Frage darin, welche taktischen Schritte es in dieser Hinsicht zukünftig zu unternehmen gilt. Bislang haben wir keine entsprechende Antwort. Es wird daran gedacht, dass man in der gegenwärtigen Etappe die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über eine Reduzierung der Kontingente jener amerikanischen und sowjetischen Truppen abwarten muss, die sich auf den Territorien anderer europäischer Staaten befinden.

Bei den Gesprächen im Außenministerium der UdSSR wurde mir die Sicht der sowjetischen Seite dargelegt, die eine Behandlung der Frage über die Übergabe der zweiten Etappe der europäischen Konferenz für die Sicherheit und Zusammenarbeit in die Hände der Außenminister der entsprechenden Staaten im gegenwärtigen Stadium für etwas verfrüht erachtet. Wir haben keine außergewöhnlichen Inhalte in diesen Vorschlag hineininterpretiert, den ich im Namen von Bundeskanzler Brandt machte, sondern dachten nur daran, wie wir die Angelegenheit beschleunigen können.

Brežnev: Wir bemühen uns darum, diese Frage bei den bevorstehenden Gesprächen mit dem Präsidenten Frankreichs, Pompidou, und dem Außenminister der USA, Kissinger, anzusprechen und wir werden Sie über die Ergebnisse informieren.

Bahr: Des Weiteren möchte ich sagen, dass, wie es uns scheint, das Intervall zwischen der ersten und der nächsten europäischen Konferenz für die Sicherheit und Zusammenarbeit nicht mehr als 2 bis 3 Jahre überschreiten soll. Nach dem Sammeln entsprechender positiver Erfahrung könnte man nach dem Ablauf dieser Frist eine zweite Konferenz durchführen, danach eine dritte, indem man all dies in eine zusammenhängende Kette bringt. Erlauben Sie mir, Ihnen den Ratschlag zu erteilen, in Ihren Gesprächen mit Pompidou nicht die Frist von 10 Jahren zu nennen, die Sie mir gegenüber als sinnvoll gemäß der Sichtweise der sowjetischen Seite genannt haben.

Die Franzosen werden sich sofort an diese Ziffer anhängen, die ihren Zielen entspricht und im Rahmen der Möglichkeiten die Konferenz hinauszögern und es wird dann unmöglich sein, sie umzustimmen.

Brežnev: Ich danke Ihnen, Herr Bahr, für Ihre Überlegungen und werde mich bemühen, sie in meinen bevorstehenden Gesprächen mit Pompidou zu berücksichtigen. Wir kennen die Position Frankreichs zur gesamteuropäischen Konferenz und fühlen, dass Frankreich nicht um eine schnellstmögliche Fertigstellung der Arbeit bemüht ist. So beabsichtigen wir diese Frage mit Präsident Pompidou zu erörtern.

Bahr: Es ist bekannt, dass einige Fragen, die mit Westberlin in Zusammenhang stehen, noch immer Schwierigkeiten und Friktionen in unseren Beziehungen hervorrufen und eine allmähliche Lösung erforderlich machen. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen vorschlagen, die Möglichkeit der Durchführung, sollte eine solche Notwendigkeit eintreten, von Konsultationen zu jeder beliebigen Frage zu erwägen, die wie auch immer mit Westberlin und dieser Problematik zusammenhängen.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass ich in Zukunft beabsichtige, mich um alle Fragen, die auf diese oder jene Weise mit Westberlin zu tun haben, selbst zu kümmern, damit keine Regierungseinrichtung der BRD, auch nicht das Auswärtige Amt, ohne mein Wissen diesen oder jenen Schritt setzen kann, der Westberlin betrifft.

Ich denke, dass man für eine operativere Lösung der entstandenen Fragen auch Konsultationen mit der sowjetischen Seite durchführen sollte, wobei es am zielführendsten wäre, dies über den Botschafter der UdSSR in der BRD, V. M. Falin, zu tun.

Gromyko: Ihr Vorschlag, so nehme ich an, wird einige Fragen der bilateralen Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD beinhalten, die in diesem oder jenem Ausmaß auch Westberlin betreffen werden. Ich hoffe, Sie verstehen, was ich meine.

Brežnev: Mir scheint, dass der Vorschlag von Herrn Bahr durchaus interessant ist, und dass man über ihn nachdenken könnte.

Bahr: Gegen Ende meiner Ausführungen möchte ich noch einen Gedanken äußern.

Mir scheint, dass es Sinn machte, zu Kennenlernreisen in die UdSSR zukünftig nicht nur Menschen fortgeschrittenen Alters aus der BRD einzuladen, deren Ansichten sich ohnehin nicht mehr ändern werden und nicht nur Personen, die mit ihrem Land sympathisieren oder Freunde der UdSSR sind. Eine weitaus größere Berücksichtigung müssen die Menschen mittleren Alters finden, die bereits eine bestimmte Position in der Gesellschaft einnehmen oder über Entwicklungspotenzial verfügen, wobei es überhaupt nicht notwendig ist, dass diese gegenüber der Sowjetunion wohlwollend eingestellt sind.

In dieser Hinsicht möchte ich Ihnen vorschlagen, eine Einladung zu Treffen und Gesprächen des Finanzministers der BRD, H. Schmidt, der uns helfen könnte, und auch des Verteidigungsministers der BRD, G. Leber, anzudenken. Mir scheint, dass sich diese Besuche als überaus nützlich erweisen könnten.

Brežnev: Wir sind einverstanden, Ihre Überlegungen zu erwägen, die durchaus überzeugend klingen und nicht uninteressant sind. Über die Ergebnisse werden wir Sie informieren.

Was die Beziehungen zwischen der BRD und der DDR angeht, möchte ich nur sagen, dass sie sich, unserer Ansicht nach, gar nicht so schlecht entwickeln. Dies betrifft sowohl den politischen, als auch den wirtschaftlichen Sektor.

Ich kann Ihnen ganz deutlich sagen, dass weder ich noch meine Kollegen etwas unternehmen, was die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD verschlechtern könnte, und wir erteilen in dieser Hinsicht keinerlei Ratschläge oder Empfehlungen an die Führung der DDR.

Abschließend möchte ich nochmals unsere Bereitschaft unterstreichen, sämtliche Bemühungen für eine weitere Vertiefung und den Ausbau der allumfassenden Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD aufzubringen. Das Bemühen um eine für alle Seiten nützliche Zusammenarbeit mit der BRD entspricht unserer Linie zur Entwicklung friedlicher, gutnachbarschaftlicher Beziehungen mit allen Staaten. Diese Linie fand ihren Niederschlag im Programm der KPdSU, in Dokumenten der Sitzungen unserer Partei und entspricht gänzlich den Meinungen und Gefühlen der sowjetischen Menschen.

E. Bahr dankt L. I. Brežnev für seine Ausführungen, für die Gastfreundschaft und die Sorge, mit der er und die Mitglieder seiner Delegation in Moskau begrüßt und umgeben wurden. Bahr unterstreicht insbesondere die hochqualifizierte und allumfassende Hilfe, die den beiden Mitgliedern der Delegation und dem Botschaftsrat der BRD geleistet wurde, die bei der Fahrt nach Vladimir einen Autounfall erlitten haben.

L. I. Brežnev bittet E. Bahr, Grüße und die besten Wünsche an den Bundeskanzler der BRD, W. Brandt, zu übermitteln.